

**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin  
**Band:** 119 (1993)  
**Heft:** 31

**Artikel:** Die Angst vor denkenden Bürgern  
**Autor:** Disler, Franz / Gils, René / Efeu [Feurer-Mettler, Ernst]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-613594>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**S**atyr, der bockgestaltige derb-lüsterne Waldgeist und Begleiter des tyranischen Dionysos aus der griechischen Sage, lebt. Ein hochfizielles Buch, das die Arbeit des schweizerischen Staatsschutzes untersucht, bringt uns den Beweis. Und manchmal fragt man sich bei dessen Lektüre, ob sich bei den helvetischen Staatsschützern nicht etwa auch eine Satyriasis, die krankhafte Steigerung des männlichen Geschlechtstriebes, epidemisch ausgebreitet hat. Jedenfalls wirkt der Rapport über die Staatsschützer seit 1935 wie ein Satyrspiel – und das auf über 671 Seiten.

«Staatsschutz in der Schweiz», die Entwicklung von 1935 bis 1990 ist der Titel der «multi-disziplinären Untersuchung im Auftrage des schweizerischen Bundesrates», von Georg Kreis, Jean-Daniel Delley und Otto K. Kaufmann, sowie unter Mitwirkung von Otmar Wigger verfasst und soeben im Verlag Paul Haupt in Bern erschienen.

Wichtigstes Fazit ist, dass die Häscher aus dem Bundeshaus ihre Tätigkeit in keiner Hinsicht auf gesetzliche Grundlagen abstützen können. Wie alle echten Geheimdienstmänner tummeln sie sich in der Grauzone zwischen Legalität und Illegalität. Die Autoren empfehlen dem Bundesrat und dem Parlament, hier endlich klare Verhältnisse zu schaffen. Homer muss im Bundeshaus gewohnt haben, als er die Geschichte von Skylla und Charybdis schrieb; denn in den Fichenlädchen Ordnung zu bringen, ist schlimmer als die nie zum Ziel führende Steinwälzelei des antiken Sisyphus. Da bleibt nur das Schwert des alten Alexander, mit dem der gordische Knoten entzweigehauen werden ist.

Nicht einmal die sehr exakt arbeitenden Untersucher haben die genaue Zahl der Fichen ermitteln können. Waren es nun wirklich deren 900 000 grüne Fichen, gewissermassen die Eintrittskarte in den Verein der

Staatsfeinde, oder waren es 820 000? Und was ist mit der Extremistenkartei und den weiteren Spezialkarteien, in denen die fisierten Staatsfeinde nach ihren spezifischen Zielrichtungen erfasst wurden und wahrscheinlich weiter werden? Eines wird deutlich festgehalten: Die Fichen sind hoffnungslos überaltert, jeder Antiquar würde sich darob erfreuen, und bei einer Antiquitätenversteigerung dürften dafür Spaltenpreise erzielt werden.

30 Jahre über den Tod eines Menschen hinaus wurden seine oft nichtssagenden Fichen auf-

In der Schweiz ist es offensichtlich leicht, den Argwohn des «Grossen Bruders» zu erwecken und fischert zu werden: Wer beispielsweise einem Bundesrat schrieb und sich Sorgen um das Wohl des Landes machte, wurde prompt zum Staatsfeind promoviert. Auch aufmüpfige Nationalräte, die Fragen zur Tätigkeit der Bundesanwaltschaft stellten, wurden dadurch mit einer Fiche in ihrer Vertrauenswürdigkeit herabgesetzt. Und wehe, ein Lehrer erbat sich bei einer Botschaft eines Ostlandes Fotos oder gar einen Film für den Unterricht. Da

# Die Angst vor denkend

Gedanken zum jüngst veröffentlichten Staatsschutzbericht von Franz Disler

bewahrt. Doch selbst Tote risikierten, erneut fischert zu werden: 1970 fand in Bern an der Universität eine Festvorlesung für Churchill statt. Der greise Lord Mountbatten of Burma hielt den Festvortrag. Das war den Sicherheitspolizisten der Berner Kantonspolizei eine Überwachung wert. Lord Mountbatten und der tote Churchill erhielten wegen diesem Referat in ihre bereits existierende Fiche einen Eintrag, und über die organisierende Winston - Churchill - Stiftung wurde vorsichtshalber gleich auch eine Fiche angelegt. Ob der teilnehmende Bundesrat Gnägi und die beiden alt Bundesräte Schaffner und Wahlen sowie die Spalten der Armee dafür auch fischert wurden, steht leider nicht im Buch. Damit ist der Beweis erbracht, dass die Bundespolizei an Wiedergeburt oder Auferstehung glaubt.

sträubten sich die Haare der BuPo-Inspektoren, und der Volksbildner wurde inskünftig genauestens beobachtet. Auch wer sich 1989 über die gewaltsame Niederschlagung des Studentenaufstandes in Peking aufregte und an einer Demonstration teilnahm, war nicht mehr vertrauenswürdig. Sein Name und sein Verhalten wurden registriert.

**E**in Käser aus dem Kanton Thurgau, der einer russischen Landwirtschaftsdelegation seinen Betrieb zeigte, war damit gleich ins Feld der Staatsfeinde verbannt, und der Künstler, der sich aus Ungarn ein Buch eines 1848 verstorbene Dichters schicken liess, hatte auch gleich eine Fiche weg. Umfangreiche Abklärungen musste sich ein absolut unpolitischer, bestandener Mann aus dem Kanton Waadt gefallen las-

sen, nur weil sein Bekannter, dem er sein Auto geliehen hatte, in Bern den Wagen in der Nähe der ungarischen Botschaft abgestellt hatte. Dass sich, wer für die Friedensbewegungen aller Richtungen eintrat, verdächtig machte, ist klar.

Wie kann man in einem Land, dessen Militärausgaben schwindelerregende Höhen erreichen, für den Frieden sein und damit die eifrig produzierende helvetische Rüstungsindustrie in den Konkurs treiben? Herr Bührle lässt herzlich grüßen! Und erst die Antimilitaristen, die die reichlich für die Armee fliessenden Gelder verschmähen und es ablehnen, in Besitz neuer, effizienterer Waffen zu kommen. Mit Recht, möchte man sagen,

wurden und werden solche Leute fichtiert. Es sind echte Umstürzler: Sie wollen eine neue Ordnung, auf die wir gar nicht eingestellt sind. Wer Kant liest oder an einem Hungerstreik teilnimmt, weil in Chile Menschen spurlos verschwunden, verdient ebenfalls nicht mehr das Vertrauen des Staates. Und selbst Jugendsünden werden nicht vergeben.

Ein rund 50jähriger Waadtländer erhielt eine Fiche, weil er während seiner Sekundarschulzeit eine «antikapitalistische Meinung» gehabt habe. Wer für Schwangerschaftsabbruch eintrat, sich an einem Verkauf von Gegenständen zugunsten der Dritten Welt beteiligte oder sich gar – welch grausames Verbre-

chen – für die Trennung von Kirche und Staat stark mache, erhielt die Staatsfeindkappe aufgesetzt. All diese Geschichten sind im neuen Buch der Bücher nachzulesen, müssen also der Wahrheit entsprechen.

Ebenfalls der Wahrheit entspricht indes, dass selbst der Bundesrat nicht immer über alle Zweifel erhaben ist. In einem Monatsrapport beschwerte sich die BuPo, dass der Bundesrat für einen Film gegen atomare Bewaffnung eine Qualitätsprämie ausgerichtet hatte. Besonders eng an ihren Busen nahmen die Staatshäscher die Italiener, denn der kommunistische Virus muss sich vermutlich mit dem Genuss von Salami, Barbera und Gorgonzola besonders rasch ausbreiten.

Wie sich Bundesanwaltschaft und Bundespolizei jahrzehntelang vor den parlamentarischen Kontrollen schützen, zeigt das

Buch ebenfalls. Mit Manipulationen, vor allem bei der Telefonkontrolle, mit Filibustereien und mit Drohungen, wurden wirksame Kontrollen verteilt. Als die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats in den 80er Jahren die Fichen sehen wollte, wurde ihr gesagt, dies komme einem Misstrauensvotum gleich. Die Kommission liess davon ab. Und die Herren Bundesräte waren offensichtlich ebenfalls nicht daran interessiert, zu erfahren, was dem Volk zugemutet wird.

**O**b wohl Herr Koller nun häufiger von seinem Rässkä aufblickt und vermehrt seine Nase in die müffelnde Amtsstube steckt? Nicht ausgesprochen wird im Buch, dass ganz offensichtlich männlich unter der Bundeshauskuppel von der helvetischen Schnüffelei wusste. Trotz einer Fülle parlamentarischer Vorstösse, die mit nichtssagenden Antworten abgetan wurden

# en Bürgern



Die Fährte der Bundespolizei

und meist unter Zeitdruck in den Schlussitzungen der Sessio- nen aufs Tapis kamen, tat jedermann in Bern alles, damit der Hase nicht zu früh aus seinem Busch geklopft würde. So wurden in einer Schlussitzung der Räte innert 45 Minuten 100 par- lamentarische Vorstöße durch- gezogen, worunter ein Vorstoß war, der sehr gezielt die Fi- chenhorterei anprangerte. Die Schweinerei hatte Methode.

Verschleiert, versteckt und verleugnet wurde vor allem die Telefonkontrolle. Nicht nur der BuPo-Chef, auch der Bundes- anwalt legten sich ins Zeug, wenn es darum ging, diese in fast allen Fällen ungesetzlichen Lauschangriffe zu verteidigen. Stand beispielsweise eine par- lamentarische Kontrolle an, wurden kurz zuvor mehrere Lauschangriffe eingestellt, um statistisch besser dazustehen. Selbst die von der Schweiz un- terzeichnete Europäische Men- schenrechtskonvention, die im Artikel 8, Absatz 1 die Telefon- kontrolle verbietet, mochte die BuPo nicht zu schrecken. In mehreren Urteilen, so im Buch, hat sich sogar das Bundesgericht auf die Seite der staatlichen

Rechtsbrecher gestellt und die Schnüffelei abgesegnet.

Die Autoren werden deutlich und fordern, dass endlich ent- sprechende Gesetze geschaffen werden. Der Zustand, so steht es im Buch, sei unhaltbar.

Doch wehe dem, der solches ausspricht. Bestimmt wird er erneut fichtet.

**S**elbst die Postkontrollen sind meist ungesetzlich. Doch gibt es hier eine ausgleichende Gerechtigkeit, indem beispielsweise die greise



Lydia Woog, die Frau des verstorbenen Kommunistenführers in Zürich, in ihrem Postfach 1974 den Zettel vorfand, mit dem die Zürcher Stadtpolizei die Post aufforderte, den Briefverkehr zu kontrollieren. Oder jener Posthalter in Allschwil, der einem Journalisten mitteilte, Detektive aus dem Nachbar- kanton Basel-Stadt hätten um Postkontrolle nachgesucht, seien aber nicht in der Lage gewesen, einen entsprechenden rich- terlichen Befehl vorzuweisen. Dies aber sind Ausnahmen. In der Regel spielten die PTT, so- wohl bei Post- als auch Telefon- kontrollen, mit.

Man arbeitete Hand in Hand. Dafür bekamen die PTT Fichen respektive deren Inhalt zu Ge- sicht, wenn es darum ging, missliebige Mitarbeiter genauer anzuszen. Auskunft bekam auch die SRG, wenn sie die Radiomit- arbeiter überprüfen wollte. Die BuPo denunzierte Radioleute aus eigener Initiative.

Auch Journalisten mussten dies erfahren. So wurden dem Chefredaktor der ehemaligen *Basler Nachrichten*, Peter Dür- rematt, die Fichen eines Jour- nalisten ausgehändigt, der sich um eine Stelle beworben hatte. Über einen Redaktor der Depe- schenagentur hat die BuPo sogar einen zusammenfassenden Be- richt erstellt und diesen am 30. April 1969 dem Direktor der



zwischen 1957 und 1989 ledig- lich zwei Eintragungen vorge- nommen wurden.

Etwas genauer angesehen wurde Ernst Cincera aus Zürich, doch ist gemäss dem Buch ak- tenkundig, dass Cincera Zugriff zu den BuPo-Akten hatte. Aus Angst, das Cincera-Archiv könnte mit seinen 8000 Karten in unberufene Hände geraten, stellte man die Zusammenarbeit mit diesem rechtslastigen Staats- bürger ab. Und Robert Vögeli, der Leiter des «Instituts für politische Zeitfragen» wurde aus- gesperrt, obwohl eine Parla- mentslobby versuchte, Schüt- zenzhilfe zu leisten. Einzig das EMD liess sich zu einer Zusam- menarbeit mit Cincera hin und von ihm Informationsblätter ge- gestalten. Laut dem Staatsschutz- bericht sind vermutlich auch Cincera-Daten im EMD-Com- puter gespeichert worden.

Mit delphischen Orakelsprü- chen verteidigte Bundesrat Furgler seine Leute und befrie- digte parlamentarische Inter- pellantinnen mit «Einerseits»- und «Anderseits»-Feststellungen, so dass das schlafige Nickerparla- ment nicht aufgeschreckt wurde. Und auch der kleine Schweizer Moritz war mit solchen Sprüchen zufrieden. PdA-sten, Marxisten, APO-Anhänger, POCH-Gründer, Herausgeber alterntativer Zeitungen – das waren die echten Staatsfeinde, und darauf scheint sich die gan-

ze Fichenhorterei beschränkt zu haben. Dafür vergessen die effri- gen Schnüffler zum Beispiel, das Ost-Institut des Herrn Natio- nalrat Peter Sager zu fichten, das nicht wenig zur Volksver- hetzung in der Schweiz beige- tragen hat. Aber eben, das war gegen den Osten gerichtet, gegen den erklärten Feind.

**G**org Kreis und seine Mitarbeiter haben ihre Arbeit wirklich ernst genommen. Dank ihrer Arbeit erfährt die Öffentlichkeit nun auch, dass in der Schweiz am 12. Januar 1951 eigentliche Not- standsgesetze vom Bundesrat verabschiedet worden waren. Da haben wir uns aufgelehnt gegen die Notstandsgesetze der Bun- desrepublik – die Veröffentli- chung dieser deutschen Gesetze durch einen Schweizer Journa- listen im Januar 1968 wurde von den deutschen Studenten sogar zum Anlass der Unruhen ge- nommen –, und in der Schweiz, wo offensichtlich der DDR-Stasi keinen Zugriff hatte, blieben die helvetischen Notstandsgesetze bis jetzt geheim. Klingen die Ge- setze noch ganz vernünftig, so erschrecken die weiteren Aus- führungen im Staatsschutzbe- richt: Mindestens damals war die Schweiz ein totalitärer Staat. Da wurden Listen erstellt mit «gefährlichen» und «verdächtigen» Einwohnern. 886 waren gefährlich und 1774 verdächtig.

Nun kriegen die Staatshä- scher deswegen ein weiteres Horn auf die Stirn. Leider sagt der Bericht nicht, ob die Sache nach wie vor läuft. Zweifel zu- mindest ist angebracht, denn solche Instrumente geben die BuPo- und BA-Leute nicht so leicht aus der Hand. Und klein beigeben tun die wahren Inner- schweizer an der Taubenstrasse auch nicht. Nie. Schliesslich geht es darum, die Schweiz zu erhalten. Demokratie hin oder her.

